

STADTRAT BUDGETDEBATTE

Stadt rechnet mit «historischem» Umsatz

Über 307 Millionen Franken dürfte die Stadt Thun im kommenden Jahr einnehmen; ein Rekordwert. Genau gleich viel wird sie gemäss Budget aber auch ausgeben.

Die Diskussion zum Budget 2016 war geprägt von Einigkeit. Stadtratsmitglieder von links bis rechts waren sich an der gestrigen Sitzung einig, dass der Gemeinderat angesichts der Umstände solide Arbeit geleistet hat und kein besonders erfreuliches, aber ein akzeptables Budget vorlegte. Die Umstände, das seien vor allem die engen Rahmenbedingungen, die der Stadt auferlegt sind, wie der Stadtrat und Präsident der Budget- und Rechnungskommission, Serge Lanz (FDP), ausführte. «Wir rechnen nur mit einem geringfügig steigenden Steuerertrag, währenddessen wir steigende Kosten zu bewältigen haben.»

Ausgeglichenes Budget

Das Budget 2016 sieht trotz dieser Rahmenbedingungen ein ausgeglichenes finanzielles Ergebnis vor. Einnahmen und Ausgaben halten sich bei je 307,2 Millionen Franken die Waage. Damit erreiche der Umsatz der Stadt einen historisch hohen Wert, sagte Serge Lanz. Die Steueranlage bleibt unverändert bei 1,72 Einheiten, und auch die Liegenschaftsteuer verharrt bei 1,2 Promille des amtlichen Wertes.

Gegenüber dem Budget 2015 gibt es aber auch Veränderungen. So steigt der Personalaufwand um 1,5 Millionen Franken. Knapp die Hälfte dieser Mehrkosten hat der Stadtrat im Oktober 2014 bereits bewilligt. «Damals wurden Entscheide gefällt, die zusätzliche Stellen erforderten», sagte Serge Lanz und spielte damit unter anderem auf die Übernahme der Curlinghalle durch die Stadt an. «Die Verwaltung geht aber sehr achtsam mit der Stellenplanung um», betonte er.

189 Millionen bis 2019

Weiter sieht das Budget 2016 Ausgaben für Investitionen und den baulichen Unterhalt in der Höhe von 52,5 Millionen Franken



Nicht ganz wolkenlos, aber doch recht heiter präsentieren sich die Aussichten für Thun in puncto Finanzen für nächstes Jahr: das Budget rechnet mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Markus Hubacher

«Die Verwaltung geht sehr achtsam mit der Stellenplanung um.»

Serge Lanz (FDP)

vor. «Von 2004 bis 2007 konnte die Stadt rund die Hälfte der Schulden abbauen», sagte Serge Lanz. In dieser Zeit sei kaum investiert worden, daher sei die Stadt jetzt mit einem Investitionsstau konfrontiert. «Aufgrund der Zinslage sind Investitionen jetzt aber verkraftbar.» Gemäss Ausgaben- und Finanzplan (AFP) 2016–2019 wird die Stadt bis 2019 189 Millionen Franken in den baulichen Unterhalt und Investitionen wie voraussichtlich den Bau eines neuen Rechenzentrums stecken. Das hat zur Folge, dass die Schulden bis 2019 um total 94 Millionen Franken auf gegen 200 Millionen Franken ansteigen werden. «Damit dürfte die Schmerzgrenze erreicht sein», sagte Stadtrat Franz Schori (SP) in der anschliessenden Diskussion.

Neues Rechnungsmodell

Das Budget 2016 wurde erstmals mit dem neuen Rechnungsle-

gungsmodell HRM2 erstellt. Deswegen Einführung ist für die Schweizer Einwohnergemeinden per 1. Januar 2016 zwingend. «Von aussen ist davon nicht sehr viel zu erkennen», sagte Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP). Die Umstellung sei hinter den Kulissen aber recht umfangreich.

Das Budget 2016 sieht auch einen Verpflichtungskredit in Höhe von 300 000 Franken als Beitrag an den Verein Thun-Thunersee Tourismus vor. Die bisherige Leistungsvereinbarung mit diesem soll um ein Jahr, bis Dezember 2016, verlängert werden. Der Stadtrat wird zu einem späteren Zeitpunkt über die Art der weiteren Zusammenarbeit befinden. Der Entscheid zur befristeten Verlängerung der Zusammenarbeit war direkt an den Budgetentscheid gekoppelt. Dieser fiel schliesslich einstimmig aus, auch der AFP 2016–2019 wurde ohne Gegenstimme zur Kenntnis genommen. Nik Sarbach

WAHLKOMMISSION UND WEITERE TRAKTANDEN

In der Wahlkommission gab es zwei Veränderungen: Anstelle des zurücktretenden Beat Haldmann (SP) wurde David Meienberger (SP) gewählt. Dieser Wechsel per 1. Januar 2016 vollzogen. Weiter ersetzt Martin Schönholzer (FDP) die persofort demissionierte Yvonne Meister (FDP).

Ziemlich rasch abgehandelt war die Interpellation «betreffend Bäume fällen». Die Fraktion der Grünen hatte unter anderem erfragt, ob es bei Baumfällaktionen in Standardprozedere gebe, wenn es um das Fällen von Bäumen gehe und ob eine Ersatzbepflanzung für die gefällten Birken bei der ehemaligen Schadaugärtnerei vorgesehen sei. Beides verneinte der zuständige Gemeinderat Konrad Hädener (CVP). Die gesetzlichen Vorgaben und Baubewilligungsver-

fahren würden jeweils eingehalten, ein «baumspezifisch standardisiertes Vorgehen gebe es aber nicht. Damit gab sich die Grüne Fraktion bereits zufrieden, deutete aber an, dass ein Vorstoss zu diesem Thema folgen könnte.

Ebenso rasch vom Tisch war das Postulat zum Ersatz von Veloabstellplätzen in der Oberen Hauptgasse während der Bauarbeiten fürs Schlossbergparking. Die Fraktion der Grünen hatte sich daran gestossen, dass die Abstellplätze für Fahrräder auf der Höhe Baumangässli aufgehoben wurden. Bereits Anfang Oktober richtete die Stadt 30 Meter vom ursprünglichen Standort eine Parkfläche für rund 20 Velos ein, womit der Vorstoss überflüssig wurde. «Das war wohl der schnellste je umgesetzte Vorstoss», sagte Andrea de Meuron. mbs/nik

Buvette: Aufschub, aber kein Verzicht

Vorläufig bleibt in Sachen Buvette am Aarequai alles beim Alten. Das Projekt ist zwar sistiert, aber noch nicht definitiv beerdigt.

Soll das alte Feuerwehrmagazin an der Hofstetten-Ländte saniert und neu als Buvette genutzt werden? Diese Frage barg in der Vergangenheit bereits einigen Zündstoff. Gegen das Baugesuch der Stadt wehrte sich einerseits der Eigentümer des benachbarten Restaurants Dampfschiff, andererseits die Stadträte Philipp Deriaz (SVP) und Bruno Vannini (BDP) mittels Postulat. Der Gemeinderat wurde gebeten, zu prüfen, ob auf die Errichtung einer Buvette an genannter Stelle verzichtet werden soll.

Schon im Oktober hatte der Gemeinderat bekannt gegeben, das Projekt vorläufig zu sistieren, da es über die Nutzungsmöglichkeiten des Gebäudes in der bestehenden Uferschutzzone unterschiedliche Rechtsauffassungen

gebe (wir berichteten). Die Sistierung bedeute aber nicht einen Verzicht auf das Projekt.

Daran änderte sich gestern nichts. Der Gemeinderat hielt fest, dass der Ausgang eines allfälligen Beschwerdeverfahrens beim Amt für Gemeinden und Raumordnung, das dem Vorhaben schon einen abschlägigen Entscheid erteilt hatte, offen wäre. Dennoch erachte er es als sinnvoller, das Baugesuch zurückstellen und durch die Revision der städtischen Uferschutzpläne klare Voraussetzungen zu schaffen. Gemeinderat Konrad Hädener (CVP) konnte sein Bedauern nicht verbergen, als er sagte: «Man hätte mit geringem Aufwand die Attraktivität steigern können.»

Das Postulat wurde mithilfe von Mitte-rechts angenommen, aber nicht abgeschrieben. Man werde die «geschliffenen Messer bereithalten», sagte Reto Vannini im Hinblick auf zukünftige Absichten der Stadt in Richtung Buvette. mbs

Hafenanlage soll moderner werden

Mit deutlicher Mehrheit nahm der Stadtrat das Postulat zur Hafenanlage Lachen an. Der Investitionsbedarf war (fast) unbestritten.

Die Hafenanlage Lachen ist veraltet und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. In diesem Punkt sind sich der Gemeinderat und die beiden Postulanten Philipp Deriaz und Reto Schertenleib (beide SVP) einig. «Bisher wurde der bescheidene Zustand erhalten, aber nicht aufgewertet», sagte Schertenleib. Es fehlen Einrichtungen wie Stromanschlüsse, Fäkalienabsauganlage, Frischwasserzugang, sanitäre Anlagen.

«Angesichts der sensiblen Uferlage und der Wichtigkeit für die Bevölkerung soll im Rahmen der Ortsplanungsrevision ein grösseres Planungsverfahren für die notwendigen Massnahmen im Hafen ausgearbeitet werden», hielt der Gemeinderat in seiner Antwort fest. Dieses Verfahren

kann frühestens 2017 in Angriff genommen werden. Lediglich kurzfristige Massnahmen wie die Stromversorgung oder der Frischwasserzugang könnten ohne Gesamtplanung umgesetzt werden.

Kritisch gegenüber dem Investitionsbedarf äusserte sich Alfred Blaser für die SP-Fraktion. Till Weber von den Grünen sah die Notwendigkeit eines «Faceliftings», wie es die Fraktion der Mitte ausdrückte, verwies jedoch mit Besorgnis auf den Finanzplan. Der Gemeinderat hatte nämlich vorgerechnet, dass neue Investitionen nicht tragbar wären, ohne andere Projekte zu streichen.

Für Reto Schertenleib war hingegen klar, dass die 600 000 Franken, die jährlich aus der Bootsplatzvermietung in die Kassen der Stadt fliessen, zweckgebunden zu reinvestieren sind. Eine Erhöhung der Miete wäre für die Postulanten denkbar, aber nicht generell für alle. mbs

Vergessenes Reglement

Nicht schlecht staunte Sandra Rupp (SP) über die Antwort des Gemeinderats zu ihrer Interpellation zum Reglement über die Förderung des Veloverkehrs. Das Reglement, datierend aus dem 1986, ist noch immer in Kraft, geriet jedoch irgendwann in Vergessenheit, sodass auch die jährliche reglementarische Berichterstattungspflicht nicht erfüllt wurde. «Ich bin erstaunt über die lasche Handhabung des Reglements», sagte die Interpellantin. Auch eine Auflistung von 27 umgesetzten Massnahmen seit 1986 befriedigte sie nicht. Viel zu oft mache die Stadt nur etwas, wenn ohnehin bauliche Massnahmen anstünden. Aktiv werde aber zu wenig gemacht.

Andrea de Meuron (Grüne) unterstützte ihre Vorrednerin: «Ich kann diese Massnahmen nicht ernst nehmen.» Anstatt, wie von bürgerlicher Seite gefordert, das Reglement abzuschaffen, plädierte sie dafür, selbiges sinnvoll in neue Instrumente wie etwa die Städteinitiative zu überführen. mbs

Lanz mit Herzblut

Mit dem Postulat «Politisches Härzbluet für den FC Thun» wurde der Gemeinderat gebeten, zu prüfen, welche monetären und nicht monetären Konsequenzen ein Absteigen des FC Thun für Stadt und Region bedeuten würde. Die Wirren um die finanzielle Sicherheit des Clubs in Erinnerung rufend, sagte Postulantin Andrea de Meuron (Grüne): «Es liegt im öffentlichen Interesse, dass keine Stadionleiche entsteht.» Während Manfred Locher (EDU) das Postulat als reines Wahlkampfinstrument der Grünen abtat, sagte Philipp Deriaz (SVP), dass der Vorstoss ein falsches Signal sei: «Die Stadt soll günstige Bedingungen schaffen, aber das macht sie bereits.»

Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) wehrte sich dann gegen den Eindruck, dass der Gemeinderat nichts in der Angelegenheit unternehme. «Es finden laufend Gespräche statt», sagte Lanz. Im Moment gewichte er jedoch eine Lösungsfindung höher als eine völlig transparente Information. mbs